

A n t r a g

der Fraktion FREIE WÄHLER

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/4300 –

Landeshaushaltsgesetz 2023/2024

Einsatz von Beamten würdigen – Kostendämpfungspauschale abschaffen und Wegstreckenentschädigung sowie Tagegelder erhöhen

I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Die tägliche Arbeit unserer rheinland-pfälzischen Beamten gewährleistet nicht minder als die Aufrechterhaltung und notwendige Weiterentwicklung des Verwaltungsapparats. Ihnen gebührt mit der Abschaffung der Kostendämpfungspauschale (KDP) eine längst überfällige Würdigung. Dies hat nicht zuletzt das Anhörverfahren zur Kostendämpfungspauschale eindrucksvoll verdeutlicht. Auch wenn deren Wegfall keine großen finanziellen Sprünge erlaubt, so ist sie doch spürbar und vor allem von ideellem Wert. Aber auch um mit Nachbarländern wie Nordrhein-Westfalen – hier wurde die Kostendämpfungspauschale abgeschafft – oder Hessen – hier wurde sie nie eingeführt – weiterhin um die besten Köpfe und den Nachwuchs konkurrieren zu können, muss die Kostendämpfungspauschale abgeschafft werden.

Ähnliches gilt für die Erhöhung der Wegstreckenpauschale und der Tagegelder. Auch wenn es nicht dem Sinn der Wegstreckenentschädigung entspricht, vollständig kostendeckend zu wirken, so müssen die Sätze jedoch der Realität der aktuellen Spritpreise angepasst werden. Andere Bundesländer wie Hessen und Baden-Württemberg gewähren bereits jetzt für Dienstreisen aus triftigen Gründen eine Erstattung von 0,35 Euro pro Kilometer. Diesem Beispiel sollte Rheinland-Pfalz folgen.

Vergleichbar verhält es sich bei der Anhebung der Tagegelder. Die Inflation ist auch bei den rheinland-pfälzischen Beamten angekommen und diese müssen entsprechend unterstützt werden. Demnach sollen die Tagegelder an die gesetzliche Werbungskostenpauschale angepasst werden, sodass bei einer Abwesenheit von mehr als 8 Stunden 14 Euro und bei einer Abwesenheit von 24 Stunden 28 Euro erstattet werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die Kostendämpfungspauschale umgehend abzuschaffen;
- die Wegstreckenentschädigung ohne Staffelung für Fahrten aus triftigen Gründen mit dem privaten PKW auf 0,35 Euro pro Kilometer anzuheben;

- Tagegelder bei einer Abwesenheit von mehr als 8 Stunden in Höhe von 14 Euro und bei einer Abwesenheit von 24 Stunden in Höhe von 28 Euro zu erstatten.

Für die Fraktion:
Stephan Wefelscheid